

Bei der Leitenalm in Hollersbach sollen 1,4 Millionen Kubikmeter Wasser zurückgehalten werden. Das Verfahren zur Genehmigung dient als Testlauf.

ANTON KAINDL

HOLLERSBACH. Vor gut zwei Jahren zeigte das letzte große Hochwasser im Oberpinzgau, dass die bestehenden Schutzbauten in Zukunft vermutlich nicht mehr reichen. Es tauchten die ersten Überlegungen auf, mit Staubecken in den Tauerntälern im Nationalpark Wasser kurzfristig zurückzuhalten und so zusätzliche Reserven zu schaffen. Nun soll das erste Rückhaltebecken umgesetzt werden.

Geplant ist das Becken im Bereich der Leitenalm, wo sich das Hollersbachtal oberhalb des schluchtartigen Talausgangs weitet. Die Biotopkartierungen und die Probebohrungen sind abgeschlossen, mit den Grundbesitzern ist man sich einig. Im November soll die Staubeckenkommission ein technisches Gutachten zur Standfestigkeit des geplanten Damms abgeben. Diese unabhängige Fachkommission im Landwirtschaftsministerium kontrolliert Staueisen mit mindestens 15 Meter hohen Staumauern oder mehr als 500.000 Kubikmetern Inhalt regelmäßig. Wenn das Gutachten vorliegt, werde das Rückhaltebecken Leitenalm zur wasserrechtlichen und nationalparkrechtlichen Genehmigung eingereicht, sagt Landesrat Josef Schwaiger (ÖVP). Ziele sind eine Behördenverhandlung im Jahr 2024 und der Baustart 2025.

Ursprünglich hieß es, dass mit dem Felbertal bei Mittersill angefangen werde, wo man nur den Abfluss des Hintersees erhöhen muss. Nun startet man aber aus mehreren Gründen in Hollersbach. Dort ist man nur in der Außenzone des Nationalparks und nicht wie beim Hintersee in der Kernzone, die Planungen sind am weitesten gediehen und mit



Erstes Rückhaltebecken in Tauerntal wird eingereicht

25 Metern Höhe wird der Damm bei der Leitenalm der größte. Schwaiger sagt, Hollersbach solle eine Art Testlauf sein. „Die Unterlagen müssen möglichst wasserdicht sein, wenn es zu Einsprüchen kommt. Wir werden alle einbinden und alle Gutachten veröffentlichen.“ Wenn dieses erste Verfahren wie geplant ablaufe, werde man die restlichen Rückhaltebecken relativ zügig bauen. Schwaiger hat sich als Ziel gesetzt, dass das noch in der bis 2028 laufenden Legislaturperiode

passiert. Am schwierigsten dürfte es beim größten Becken im Krimmler Achenal werden, wo es Widerstand gibt.

„Die Arbeiten am ersten Becken sollen 2025 beginnen.“

Josef Schwaiger,
Landesrat (Bild: SN/SCHENKER)

Der Hollersbacher Bürgermeister Günter Steiner (ÖVP) sagt, er sei froh, dass Hollersbach zuerst umgesetzt und neben dem

Wasser auch Geschiebe im Tal zurückgehalten werde. 2022 hatte eine Gerölllawine aus der Säulahnrinne Teile des Tales verwüstet. Im Ort musste wegen der Bedrohung Zivilschutzalarm ausgelöst werden. Das soll nicht mehr nötig sein. Im oberen Bereich des Staubeckens werden Sortieranlagen errichtet, die große Felsbrocken zurückhalten. Das erreicht man, indem man Querriegel in die Bachsohle einbaut, die die Strömung in diesem Bereich verringern. Rund 140.000 Kubikmeter Geschiebe, das sich bereits bei vergangenen Ereignissen im Tal

Die politischen Dämme halten auf vielen Ebenen

Was eine Konferenz der Landeshauptleute mit den heimischen Katastrophen zu tun hat? Sehr viel mehr, als man meinen möchte.

STANDPUNKT
Heidi Huber



Meterhohe Betonmauern für ein an und für sich mickriges Rinnsal: In Salzburgs Gegenden sind in den vergangenen 20 Jahren massig Bauwerke zum Schutz vor Hochwässern errichtet worden. Etliche davon wirken völlig überdimensioniert, wenn man etwa an schönen Herbsttagen an solch in die Landschaft eingefügten Dämmen und Wällen vorbeiwandert. Und doch haben die zurückliegenden Katastrophen gezeigt, wie sich harmlose Wässerchen bei starken Regenfällen binnen Minuten zu Sturzbächen verwandeln,

die Millionenschäden anrichten. Dort, wo Schutzbauten errichtet wurden, haben sie ihren Zweck zweifelsohne erfüllt.

Nun schreitet der zuständige Landesrat auch in den Tauerntälern und dem sensiblen Nationalparkgebiet zur Tat. Ein Tabubruch für jeden Naturschützer. Das Argument lautet, die betroffene Bevölkerung und den Siedlungsraum im Oberpinzgau besser zu schützen. Darüber sollte Konsens herrschen. Über das Wie wird freilich heftig gerungen. Denn die Frage ist berechtigt, ob immer neue und immer höhere Schutzbauten die richtige Antwort für die Zukunft sind oder ob es sich gar nur um eine kurzfristige Linderung und Beruhigungspille handelt, weil die Folgen der Klimaentwicklung jeden noch so hohen Damm irgendwann wieder schrumpfen lassen.

Während auf der einen Seite auf lokaler Ebene im Pinzgau um den Hochwasserschutz gerungen wird, um die Folgen künftiger Wetterextreme besser zu beherrschen, wird auf der anderen Seite auf vielen politischen Ebenen blockiert, wenn es um verbindli-

che Ziele in Sachen Klimaschutz und Flächenfraß geht. Nehmer wir als Beispiel die Bodenschutzstrategie, die österreichweit noch immer keinen verbindlichen Wert kennt, wie viel Fläche denn nun maximal verbaut werden darf und wo Stopp ist. Es scheitert an einer Einigung von Bund, Ländern und Gemeinden. Dabei ist eine Politik ohne messbare Ziele wertlos.

Beispiel Nummer zwei: Beim Finanzausgleich haben die Länderchefs erfolgreich um mehr Geld vom Steuerkuchen gefeilscht. Dass es mit dem milliardenschweren 1,1 Milliarden Euro dotierten Zukunftsfonds aber auch verbindliche Ziele hinsichtlich Klimaschutz und Umwelt geben sollen, wollen sie partout nicht akzeptieren. Sanktionen? Schon gar nicht. Wo kämen wir hin.

Unterdessen wird in der Stadt Salzburg bei einem 700-Millionen-Euro-Haushalt zwischen ÖVP und Grünen ernsthaft debattiert, ob es für Entsiegelungen und Begrünungen jetzt 300.000 Euro oder doch 500.000 Euro geben soll. Ein politischer Dammbbruch? Ist eher nicht in Sicht.

Bürgermeister Günter Steiner bei der Leitenalm im Hollersbachtal, wo der erste Damm entstehen soll.

BILD: SN/ANTON KAINDL

abgelagert hat, werde zur Schüttung des Damms verwendet, sagt Martin Zopp vom Referat Schutzwasserwirtschaft beim Land.

Das Rückhaltebecken bei der Leitenalm ist mit einem Fassungsvermögen von 1,4 Millionen Kubikmetern das zweitgrößte nach jenem im Achenal. Insgesamt sind sieben Becken in fünf Tauerntälern geplant. Drei davon sind bestehende Seen, die durch die Erhöhung des Abflusses und einen Schließmechanismus mehr Wasser aufnehmen können als bisher, nämlich der Hintersee, der Kratzenbergsee im Hollersbachtal und der Gletschersee im Obersulzbachtal. Bei den vier anderen Becken im Achenal, Obersulzbachtal, Habachtal und Hollersbachtal müssen Dämme errichtet werden. Sie sollen naturnah gestaltet werden und in der Landschaft nicht auffallen. Auf Wunsch der Kritiker sind auch Standorte außerhalb des Nationalparks geprüft worden. Als gut machbar blieb dabei nur ein Bereich im Salzachtal bei Hollersbach übrig, wo man zusätzlich 800.000 Kubikmeter aufstauen kann. Die Gesamtkosten werden auf 35 Millionen Euro geschätzt.

Zehn-Jahres-Bilanz zum Bodenschutz

1096 Hektar Bauland neu gewidmet. Am Bewusstsein hapere es teils noch.

SALZBURG. Der Bodenschutzbericht 2012 bis 2022 liegt seit Kurzem dem Landtag vor. Demnach wurden in dem Zeitraum 1096 Hektar Bauland neu gewidmet, davon 542 Hektar Wohn- und 554 Hektar Betriebsbauland. Die meisten Neuwidmungen gab es im Flachgau (460 Hektar), Pinzgau (240 Hektar) und Pongau (202 Hektar). Insgesamt beträgt die gewidmete Wohnbaulandfläche landesweit 10.728 Hektar. Als Betriebsbauland sind landesweit 3678 Hektar gewidmet. Im Durch-

schnitt seien etwa zehn Prozent des Dauersiedlungsraumes bzw. 2,2 Prozent der Gesamtfläche des Landes verbaut, heißt es. Im Vergleich zur Verbaueerhebung 2007 zeige sich, dass sich die verbaute Fläche im Dauersiedlungsraum um 0,6 Prozent erhöht hat.

Die Experten des Landes listen etliche Maßnahmen und Aktivitäten in Sachen Bodenschutz auf. Sie weisen aber auch darauf hin, dass das Bewusstsein bei Entscheidungsträgern teilweise noch zu wenig verankert sei und dass das Salzburger Bodenschutzgesetz aktuell keine Ver-

pflichtung für Bodenschutzmaßnahmen vorsehe.

Grünen-Chefin Martina Berhold betont, dass der Bericht dringenden Handlungsbedarf aufzeige. „Die Bedeutung des Bodens beim Klimaschutz sollte stärker betont werden und entsprechende Maximalzielwerte zum Bodenverbrauch sollen im Salzburger Bodenschutzgesetz verankert werden. Im Bericht wird Klartext gesprochen und auf die grundlegende EU-Bodenstrategie verwiesen.“ Die Grünen kündigen einen weiteren Antrag im Landtag an.